

Resolution

Volkshochschulen fordern digitale Weiterbildungsoffensive

Zeitlich und örtlich flexibel einsetzbare digitale Lernarrangements müssen unverzichtbarer Bestandteil im Angebotsportfolio der gemeinwohlorientierten Weiterbildung werden. Mit ihrer Hilfe können Menschen erreicht werden, die bisher nicht ausreichend am lebenslangen Lernen partizipieren können, die zum Beispiel aufgrund ihrer Lebens- und Erwerbssituationen kaum Chancen haben, an Präsenzlernangeboten teilzunehmen, oder in strukturschwachen, von Abwanderung betroffenen Regionen leben, in denen Präsenzlernangebote wohnortnah immer schwieriger zu realisieren sind. Mit dem erweiterten Lernen aus Präsenz- und Digitalangeboten können neue tragfähige Brücken zu schwer erreichbaren Zielgruppen gebaut werden und zugleich attraktive Lernangebote für die sogenannten Digital Natives entstehen.

Die Bundesregierung hat mit der digitalen Agenda 2014 bis 2017 eine Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft angekündigt. Die Chancen der digitalen Medien sollen für gute Bildung entschlossen genutzt, weiterentwickelt und umgesetzt werden. Diesem Versprechen müssen jetzt dringend Taten folgen, auch weil Deutschland im internationalen Vergleich weit hinter solche Länder zurückfällt, die digitale Innovationen entschieden vorantreiben.

Schulen, berufliche Bildung und Hochschulen haben in den vergangenen Jahren ihre Digitalisierung mit Hilfe öffentlicher Förderung maßgeblich voranbringen können. Dies blieb der Weiterbildung – abgesehen von einigen Insellösungen – bislang verwehrt. Dabei ist sie als längste Phase des lebenslangen Lernens durch die Heterogenität ihrer Zielgruppen und die Vielfalt ihrer Lerninhalte mit besonderen Herausforderungen konfrontiert.

Bund und Länder müssen bei der angekündigten Bildungsoffensive jetzt die Weiterbildung in den Fokus nehmen. Die traditionellen Lernwelten der Menschen müssen um digitale Lernmöglichkeiten erweitert werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des Anspruchs, dass niemand aufgrund fehlenden Zugangs zu Bildung der Gesellschaft und dem Arbeitsmarkt verloren gehen darf.

Öffentliche Investitionen sind dabei insbesondere in folgenden Bereichen erforderlich:

- Förderung des Einsatzes digitaler Medien in der gemeinwohlorientierten Weiterbildung, Förderung der Einführung mediendidaktischer Innovationen und der Weiterentwicklung von Medienkompetenzen
- Förderung medienpädagogischer Kompetenzen von Lehrkräften und Programmverantwortlichen als Voraussetzung für die Integration moderner Lernsettings in die Bildungspraxis
- Förderung des Zugangs bildungsbenachteiligter Zielgruppen zu digitalen Medien und Lernangeboten
- Förderung von technischer Infrastruktur und digitalen Lernangeboten, insbesondere auch in strukturschwachen Regionen

Die Volkshochschulen stehen als Partner bereit, die Bundesregierung bei einer digitalen Weiterbildungsoffensive zu unterstützen.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes am 23. Juni 2015 in Saarbrücken